



Informationen für Beschäftigte des Statistischen Bundesamtes, Ausgabe 5/2003

In dieser Ausgabe

finden Sie:

Abakus-Hoppers 2003
beim BMI-Sommerfest
in Berlin
Seite 3

Eine neue PL-Methode
für die
Fehlerbeseitigung
Seite 4

Sanierung des
Dienstgebäudes in
Wiesbaden
Seite 4

Anpassung von Dienst- und
Versorgungsbezügen
Seite 5

Sucht (k)ein Thema?
Seite 6

Die Telefonzentrale
des
Statistischen
Bundesamtes
Seite 7

Ausflug der
Abteilung IV
nach Marburg
Seite 8

Mehr Qualität!
Ergebnisse aus der Standortbestimmung

von Sebastian Czajka

In der Privatwirtschaft ist es seit Jahrzehnten üblich, den Qualitätszustand des Unternehmens regelmäßig zu überprüfen und daraus Maßnahmen für weitere Verbesserungen abzuleiten.

Seit einiger Zeit ist diese Vorgehensweise auch Status Quo in innovativen Verwaltungen des öffentlichen Sektors und in den statistischen Ämtern der europäischen Länder.

Nach den vielen Aktivitäten, die wir im Rahmen der Qualitätsoffensive Statistik in den letzten Jahren auf den Weg gebracht haben, war es nun

auch für uns an der Zeit, unsere Bemühungen und Tätigkeiten mittels einer Standortbestimmung zu reflektieren und zu bewerten.

In der Standortbestimmung schauten wir, was wir in den letzten Jahren geschafft haben und wo wir heute im Bezug auf unsere Qualitätsziele stehen. Wo haben wir uns verbessert? In welchen Bereichen haben wir noch Verbesserungsbedarf?

Diesen Fragen gingen wir im September in einem Workshop mit 17 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Statistischen Bundesamtes sowie mit Hilfe eines externen Modera-

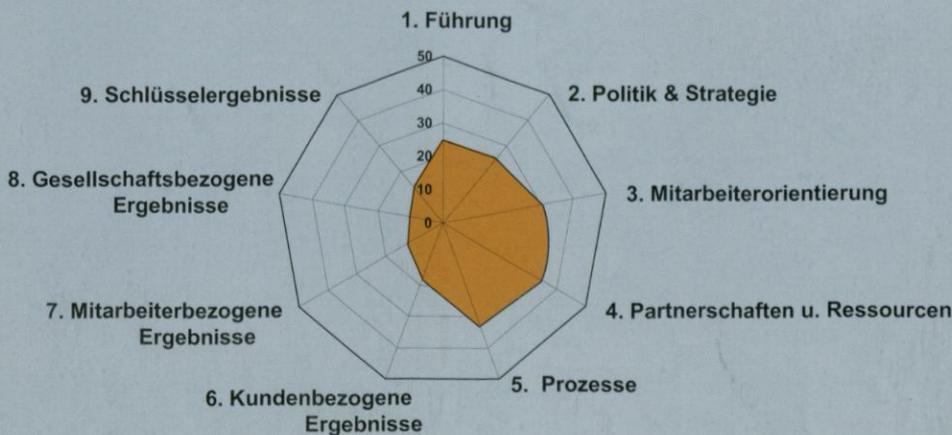
tors nach (siehe auch den Beitrag im Intranet unter „Aktuelles“ vom 7. Oktober 2003).

Im Workshop wurden insgesamt neun Themengebiete durchleuchtet. Zum einen betrachteten wir, welche Konzepte, Verfahren und Vorgehensweisen wir bei unserer Arbeit einsetzen. Dafür analysierten wir die Themengebiete: „Führung“, „Politik & Strategie“, „Mitarbeiter“, „Partnerschaften & Ressourcen“ und „Prozesse“.

Zum anderen schauten wir auf die Ergebnisse unserer Arbeit, wie wir sie dokumentieren und wie wir daraus lernen



Ergebnis der Standortbestimmung
(Erfüllungsgrad in den Qualitätskriterien)



um unsere Arbeitsabläufe zu verbessern. Diese Ergebnisse unterteilen wir in „Kundenbezogene Ergebnisse“, „Mitarbeiterbezogene Ergebnisse“, „Gesellschaftsbezogene Ergebnisse“ und „Ergebnisse der Kernaufgaben“.

Damit wendeten wir ein international anerkanntes Verfahren des Qualitätsmanagements zur Standortbestimmung und Selbstbewertung an.

Nach intensiver Gruppenarbeit hatten wir zu allen Themengebieten Stärken und Verbesserungspotentiale genannt und unser Amt bewertet. Anschließend entwickelten wir aus den Stärken und Potentialen Vorschläge für Verbesserungsmaßnahmen.

Als Ergebnisse des Workshops lassen sich festhalten:

Punktbewertung

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Workshops haben das Statistische Bundesamt mit rund 240 von maximal 1000 Punkten bewertet.

Zum Vergleich: Nach DIN ISO 9001 zertifizierte Unternehmen erreichen üblicherweise zwischen 250 bis 300 Punkte. Unternehmen aus der Privatwirtschaft, die den Ludwig-Erhard-Preis oder den European Quality Award gewinnen, liegen bei 750 bis 800 Punkten.

1999 hatten wir in einer ersten Standortbestimmung mit einem ähnlichen Verfahren 125 Punkte erreicht. Vier Jahre später haben wir nun die Punktzahl fast verdoppelt. Das zeigt, dass wir mit unserer Qualitätsoffensive Statistik auf dem richtigen Weg sind und schon einiges erreicht haben; allerdings gibt es auch Bereiche mit Verbesserungsbedarf, in denen wir in

den nächsten Jahren Fortschritte erzielen möchten. Einfach gesprochen könnte man sagen, wir haben unser erstes Ziel erreicht und den Anfängerkurs im Qualitätsmanagement mit Erfolg bestanden. Jetzt geht es weiter im Kurs für Fortgeschrittene.

Wesentliche Stärken und Verbesserungspotentiale

Zu den Stärken unseres Amtes zählen das Ressourcenmanagement im Haushalt und in der IT, sowie unsere Statistikprodukte und die Betreuung der Nutzer.

Ein großer Verbesserungsbedarf ergibt sich durch die fehlenden systematischen Bewertungs- und Überprüfungsprozesse in praktisch allen unseren Vorgehensweisen und Arbeitsabläufen. Auch werden die Ergebnisse unserer Arbeit nicht genügend erfasst und zu

wenig mit Hilfe von Kennzahlen ausgewertet. Ein kontinuierlicher Lernprozess für unsere Arbeitsabläufe ist so nur schwer möglich. Darüberhinaus sollten die Tätigkeiten stärker auf unsere strategischen Ziele ausgerichtet werden.

Vorschläge für Verbesserungsmaßnahmen

Für Verbesserungsprojekte wurden die in der nebenstehenden Tabelle dargestellten Vorschläge im Workshop erarbeitet. Die Reihenfolge der Maßnahmen ergibt sich aus dem im Workshop durchgeführten Priorisierungsverfahren anhand der Kriterien „Bedeutung“ und „Aufwand“ und aus der Gewichtung der Kriterien „Bedeutung“ und „Aufwand“ im Verhältnis 2:1.

Die Vorschläge wurden auf der Leitungsklausur in Bad Marienberg (16. bis 18. Oktober 2003) der Amtsleitung präsentiert. Aus den vorgestellten Verbesserungsprojekten wurden Maßnahmen abgeleitet, die eine Grundlage für die Jahresarbeitsplanung 2004 bilden.

Die nicht ausgewählten Vorschläge wollen wir nicht aus den Augen verlieren. Sie bleiben uns weiterhin im Themenspeicher für zukünftige Projekte und Verbesserungsmaßnahmen erhalten.

Vorschläge für Verbesserungsmaßnahmen:

	Themengebiet	Mögliche Maßnahmen für Verbesserungsprojekte
1	Politik und Strategie	Die 5 strategischen Ziele für die nächsten 5 Jahre sind festzulegen und im Haus zu kommunizieren, die zugehörigen Schlüsselprozesse und deren Eigner zu benennen und die Zielerreichung systematisch zu messen
2	Mitarbeiterbezogene Ergebnisse	Regelmäßige Mitarbeiterbefragungen durchführen
3	Prozesse	Entwicklung eines Prozessmanagements, welches regelmäßige Prozesskennzahlen für die statistische Produktion zur Verfügung stellt
4	Gesellschaftsbezogene Ergebnisse	Entwicklung einer Strategie zur Imageverbesserung unseres Amtes in der Öffentlichkeit
5	Ergebnisse der Kernaufgaben	Identifikation von Kenngrößen; Messverfahren entwickeln und regelmäßig durchführen
6	Führung	Führungskräfte müssen Leitbild und neue Steuerungsmodelle kennen und kommunizieren
7	Partnerschaften und Ressourcen	Entwicklung eines Bewertungs- und Überprüfungskonzept für die Bestimmung der Effektivität des Ressourceneinsatzes
8	Prozesse	Ausbau unseres Büros im Bundestag zur Stärkung des Informationsangebots für Parlamentarier
9	Führung	Katalog für Maßnahmen für Lob und Anerkennung entwickeln
10	Mitarbeiter	Verfahren für eine Personalplanung entwickeln (einschließlich einer individuellen Personalplanung)
11	Kundenbezogene Ergebnisse	Aufbau eines Kundenmonitors zur Bewertung der Kundenzufriedenheit
12	Führung	Verfahren zur Berücksichtigung der sozialen Kompetenz entwickeln
13	Mitarbeiter	Verfahren für einheitliche interne Auswahlverfahren entwickeln und anwenden
14	Prozesse	Aufbau eines umfassenden Kundenmanagements
15	Führung	Vorgesetztenrückmeldung wiederholen und auf alle Führungsebenen ausdehnen
16	Mitarbeiter	Maßnahmen zur Förderung von Teamarbeit und -fähigkeit entwickeln
17	Mitarbeiterbezogene Ergebnisse	Mitarbeiterorientierte Ziele definieren und operationalisieren
18	Politik und Strategie	Es ist ein Verfahren zu entwickeln, die Rahmenbedingungen des Hauses systematisch zu erfassen und in die Strategiebildung einzubeziehen

Anforderungen an WIR-Beiträge

Textbeiträge senden Sie uns bitte per E-Mail (frank.hennig@destatis.de) als Standard-Word-Dokumente, die keine weiteren Formatierungen (u.a. auch keine Tabulatoren) enthalten.

Schaubilder und Grafiken bitte immer in einer eigenständigen Datei zusenden und nicht in den Textbeitrag einbauen.

Digitalfotos bitte nicht vorbearbeiten!

Danke,
Ihre WIR-Redaktion

Abakus-Hoppers 2003 in Berlin

Nach unserem großen Erfolg auf dem Sommerfest in der Zweigstelle Bonn, hatten die Abakus-Hoppers eine Einladung zum Sommerfest des Bundesministeriums des Innern nach Berlin erhalten.

Nach anfänglichen Schwierigkeiten konnte dieser nachgekommen werden.

So machten sich am Sonntag, dem 17. August, 15 Personen mit Ihren Requisiten nach Berlin auf.

Nach langer Fahrt erreichten wir am späten Nachmittag Berlin. Kathleen Große hatte sich ein schönes Unterhaltungsprogramm für die 2 Tage Aufenthalt ausgedacht.

Ein Besuch der Glaskuppel des Reichstages und ein Abendspaziergang durchs Berliner Nachtleben standen am Abend an.

Am Montag, nach einer Tour mit unser einheimischen Reiseleitung Dagmar Kaldor durch Berlin „um und am Ku'damm“, wurde es ernst mit unseren Auftritt! Wir haben unsere Bühnenanlage in Augenschein genommen. So schön

wie in Bonn war sie nicht.

Dieser moderne Prachtbau in Alt-Moabit am Spreebogen ist leider nur zum Arbeiten und nicht zum Feiern gedacht. Wir wären keine Rheinländer, wenn wir auch nicht aus dieser Location etwas machen würden.

Gegen 16 Uhr kam unser Auftritt. Unsere Truppe wurde mit einigen Berliner Mitspielern verstärkt.

Dr. Joseph Dolezal, Referatsleiter für Öffentlichkeitsarbeit, und die Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium, Ute Vogt, hatten sich spontan bereiterklärt, bei dem Auftritt mitzumachen. Dieses kam bei den Berlinern und bei uns auch gut an. Die Mitarbeiter des Bundesministeriums des Innern hatten nicht mit dem Mut Ihrer Kollegen gerechnet.

Nach der Ansage lockerte sich die Stimmung auf dem Sommerfest sehr schnell zu unseren Gunsten.

Wir gaben unser Bestes. Die Berliner Mitarbeiter konnten es nicht glauben, dass es sich hier um Mitarbeiter des

Auch Staatssekretärin Vogt war vom Auftritt der Tanzgruppe aus Bonn begeistert

„Vom Fassanstich bis zum späten Abend war das BMI-Sommerfest ein gelungenes Fest. Die Abakus-Hoppers brachten rheinische Fröhlichkeit an die Spree und begeisterten uns alle mit ihrem tollen Programm! Vielen Dank für den mitreißenden Auftritt! Es war ein großer Spaß, dabei zu sein!“

Ute Vogt
Parlamentarische
Staatssekretärin



Bundesministeriums des Innern, der Bundesbeauftragten für Kultur und Medien und des Statistischen Bundesamtes aus Bonn handelte.

Das Programm sprach die Berliner so an, dass noch vier Zugaben gemacht werden mussten. Danach gehörte die Bühne wieder der Tanzmusik. Die Abakus-Hoppers amüsier-

ten sich bis spät in den Abend auf dem Sommerfest.

Dienstagmorgen fuhren wir erschöpft, aber sehr zufrieden mit unserer Leistung, wieder zu unserer Dienststelle nach Bonn zurück.

Horst Hocke und
Meike Kaspari



Eine neue PL-Methode für die Fehlerbeseitigung

Mit dem PL-Fachkonzept soll die Aktualität statistischer Daten verbessert und die Fehlerbeseitigung effizienter werden. Diese Ziele sind nur durch den Einsatz neuer PL-Methoden zu erreichen. Dazu zählen selektive PL-Methoden. Eine selektive PL-Methode, die IB für die Kostenstrukturerhebung im Verarbeitenden Gewerbe entwickelt hat, wird in diesem Beitrag beschrieben.

Der Einfluss eines Fehlers auf statistische Ergebnisse

Der Einfluss eines Fehlers auf statistische Ergebnisse hängt von seinem Ausmaß und von den zugrunde liegenden Fallzahlen, wie z.B. Umsätze und Gewinn, ab. Die nebenstehende Tabelle enthält in der letzten Spalte der ersten Zeile ein plausibles Ergebnis als Durchschnitt auf der Grundlage von 5 fehlerfreien Angaben der Unternehmen (U1-U5). Die Zeilen zwei und drei verdeutlichen die Auswirkungen unterschiedlicher Fehlerausmaße (Angaben von U3), und die vierte Zeile zeigt im Vergleich zur dritten den Einfluss größerer Fallzahlen auf.

Angesichts steigender Anforderungen an die Aktualität statistischer Ergebnisse ist es sinnvoll, die gezeigten Effekte für die Fehlerbeseitigung zu nutzen, um z.B. gravierende Fehler manuell und Fehler mit geringem Einfluss maschinell zu korrigieren. Damit stellt sich die Frage, wie man schwerwiegende Fehler in einem unkorrigierten Datensatz erkennen kann.

Erkennung von gravierenden Fehlern

Die Fallzahlen, die den Einfluss eines Fehlers beeinflussen, sind durch das geplante Veröffentlichungsprogramm einer Statistik, die festgelegte Anzahl der Befragten und Erfahrungen aus vorhergehenden Erhebungen im Wesentlichen bekannt. Das Fehlerausmaß erkennt man, indem man eine ungeprüfte Angabe (Rohdatum) mit dem plausiblen Wert eines Merkmals vergleicht (Idealfall). Da letzterer nicht verfügbar ist, muss man ihn schätzen. Hierfür kann man plausible Vorjah-

res- oder Vormonatswerte der jeweiligen Auskunftgebenden oder ähnlicher Befragter nutzen.

Eine selektive PL-Methode für die Kostenstrukturerhebung im Verarbeitenden Gewerbe

Für die Kostenstrukturerhebung im Verarbeitenden Gewerbe hat IB eine selektive PL-Methode entwickelt.¹ Im Einzelnen wird je Datensatz ein Fehlergewicht als Summe aus den Differenzen zwischen den Rohdaten der 50 Merkmale des laufenden Jahres und den entsprechenden modifizierten und gewichteten plausiblen Vorjahreswerten berechnet. Datensätze mit großen Fehlergewichten werden vorrangig korrigiert. Ein wesentlicher Aspekt der entwickelten selektiven PL-Methode ist, dass der Fachbereich wichtige Merkmale für Veröffentlichungen besonders gewichten

kann, so dass diese Merkmale vorrangig plausibel werden. Weiterhin hat er die Möglichkeit, die zulässigen PL-Abweichungsgrade der Merkmale zu variieren. Für die Entwicklung lagen jeweils knapp 15 400 Datensätze an Rohdaten und plausiblen Daten vor. Weiterhin waren Simulationen erforderlich, für die 29 SAS-Makros entwickelt wurden. Sie bearbeiten während einer Simulation ca. 560 SAS-Prozeduren in 5-6 Minuten. Die nachfolgende Grafik zeigt die Anzahl der zu korrigierenden Datensätze bei zulässigen Abweichungsgraden zwischen plausiblen und teilplausiblen Summen je Merkmal im Idealfall, bei dem der Fachbereich die plausiblen Werte vor der Fehlerbeseitigung kennt (blaue Linie), und in den Praxisfällen, d.h. beim Einsatz einer nicht optimierten Methode (rote Linie) und bei einer mit Hilfe von Gewichten optimierten Methode (schwarze und grüne Linien).

Unternehmen / Merkmal	U1	U2	U3	U4	U5	U6	U7	U8	U9	U10	Ergebnis (Durchschnitt)
M1 (plausibel)	1	1	1	1	1						1,0
M2 (fehlerhaft)	1	1	4	1	1						1,6
M3 (fehlerhaft)	1	1	16	1	1						4,0
M4 (fehlerhaft)	1	1	16	1	1	1	1	1	1	1	2,5

Sanierung des Dienstgebäudes in Wiesbaden

Im Januar 2003 wurde die Entscheidungsunterlage – Bau (ES-Bau) dem Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen (BMVBW) mit der Empfehlung vorgelegt, dass die zukünftige Unterbringung des Statistischen Bundesamtes in Wiesbaden in einem Neubau erfolgen soll.

Die baufachliche Genehmigung durch das BMVBW schloss mit dem Votum, dass eine Sanierung des Dienstgebäudes als wirtschaftlichste Lösung dem Neubau vorzuziehen ist.

Die Kosten für eine Gesamt-sanierung des Dienstgebäudes Gustav-Stresemann-Ring 11 belaufen sich auf insgesamt rund 85.800.000 €. Die Sanierung wird nach den derzeitigen Planungen in zwei Abschnitten

erfolgen, zunächst sollen die Bauteile A und C saniert werden. Nach Fertigstellung dieses Bauabschnittes werden die Arbeiten in den verbleibenden Bauteilen B, E und F beginnen.

Das BMI hat entsprechend der Stellungnahme des BMVBW die ES-Bau mit der Variante der Generalsanierung des Dienstgebäudes favorisiert und dem Bundesministerium für Finanzen (BMF) zur haushaltsmäßigen Anerkennung vorgelegt (siehe hierzu auch Schreiben des Präsidenten vom 9. April 2003). Die Anerkennung durch das BMF ist für die Veranschlagung der Sanierungsmaßnahme im Bundeshaushalt 2004 sowie in der Finanzplanung für die Folgejahre notwendig.

Im September 2003 hat das Bundesministerium der

Finanzen (BMF) die ES - Bau haushaltsmäßig anerkannt. Dies bedeutet, dass die Maßnahme nunmehr grundsätzlich genehmigt ist und die konkreten Planungen zur Sanierung des Gebäudes aufgenommen werden können. Das BMVBW muss hierfür nun den Planungsauftrag erteilen.

Die Projektgruppe wird nun mit den konkreten Planungen für die Sanierung und mit der Suche nach geeigneten Ausweichquartieren beginnen. Insbesondere rechtlich bin-

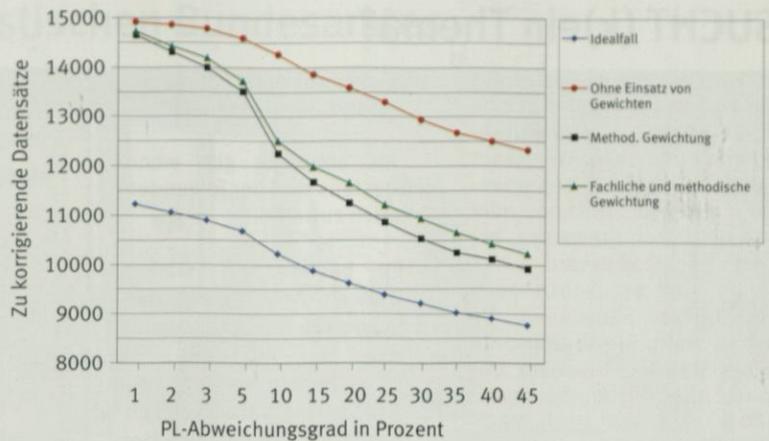


dende Maßnahmen können allerdings erst ergriffen werden, wenn die erforderlichen Haushaltsmittel mit der Verabschiedung des Haushaltes 2004 zur Verfügung stehen.

Die selektive PL-Methode wurde vorrangig für große PL-Abweichungsgrade optimiert; kleinere Fehler sollen maschinell korrigiert werden. Dies führt dazu, dass ca. 18 Prozent der Datensätze (2 770) nicht manuell bearbeitet werden müssen, wenn ein vorläufiges Ergebnis um 10 Prozent von einem plausiblen abweichen darf. Die entwickelte selektive PL-Methode verbessert somit vorrangig die Fähigkeit zur Bereitstellung von aktuellen Ergebnissen zu Lasten der Effizienz bei Standardergebnissen (1 266 Datensätze Einsparung). Leistungssteigerungen wären für diesen Ergebnistyp möglich, indem z.B. die voraussichtlich plausiblen Werte besser an Entwicklungen des laufenden Jahres angepasst und die Auswahl fehlerhafter Datensätze für Korrekturen op-

timiert werden. Mit den erforderlichen arbeitsintensiven Analysen und Programmierarbeiten wurde im Oktober 2003 begonnen.

Die nationalen statistischen Ämter der Niederlande, Italiens und Großbritanniens setzen selektive PL-Methoden seit gut 5 Jahren ein. Vorliegende Simulationen deuten darauf hin, dass eine „intelligente“ Fehlerbeseitigung mit Hilfe von selektiven PL-Methoden auch in der deutschen amtlichen Statistik möglich ist. Praxistests sollten nun zeigen, ob die Ergebnisse auch tatsächlich realisiert werden können. Ausführliche Informationen



über eine selektive PL-Methode enthält der Projektbericht für die KSE Baugewerbe, den Sie bei Elmar Wein, Tel.: 2698, erhalten können.

¹ Nicole Lorenz, Studentin an der Technischen Universität Chemnitz, hat im Rahmen eines Forschungsaufenthalts die für die KSE Baugewerbe entwickelte selektive PL-Methode auf die KSE Verarbeitendes Gewerbe übertragen und optimiert.

Gesetz über die Anpassung von Dienst- und Versorgungsbezügen in Bund und Ländern 2003/2004 und zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften

Das Gesetz vom 10. September 2003 (BGBl. I Seite 1798) enthält im ersten Teil die Besoldungs- und Versorgungsanpassung für die Beamtinnen und Beamten, Soldatinnen und Soldaten, Richterinnen und Richter sowie Versorgungsempfängerinnen und -empfänger für die Jahre 2003 und 2004 und im zweiten Teil die vom Bundesrat angestoßene Initiative zur begrenzten Öffnung des Besoldungsrechts beim Weihnachts- und Urlaubsgeld. Diese ursprünglich getrennten Gesetzesvorhaben sind im Zuge der parlamentarischen Beratungen zusammengeführt worden.

Mit dem Gesetz erhöhen sich die Dienstbezüge für die Beamten, Richter und Soldaten - wie für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer des öffentlichen Dienstes am 9. Januar 2003 vereinbart - in drei Schritten linear um insgesamt 4,4 Prozent. Die im Tarifbereich vereinbarten Entlastungsmaßnahmen werden wirkungsgleich nachvollzogen, indem die Erhöhungszeitpunkte jeweils um drei Monate verschoben sind.

Die Dienstbezüge steigen damit im Jahr 2003 zunächst um 2,4 Prozent, für die Besol-

dungsgruppen A 2 bis A 11 zum 1. April 2003 und für die übrigen Besoldungsgruppen mit Ausnahme der Besoldungsgruppe B 11 zum 1. Juli 2003. Im Jahr 2004 folgen zwei weitere Erhöhungen nochmals um jeweils 1 Prozent zum 1. April 2004 und 1. August 2004 zeitgleich für alle Besoldungsgruppen ebenfalls mit Ausnahme B 11.

Die prozentualen Erhöhungen der Versorgungsbezüge erfolgen unter Berücksichtigung des Versorgungsänderungsgesetzes 2001. Durch den dort geregelten geringeren Anstieg der Versorgungsbezüge betragen die Erhöhungen rund 1,86 Prozent im Jahr 2003 und jeweils rund 0,46 Prozent im Jahr 2004. Die Hälfte der dadurch erzielten Einsparungen wird den Versorgungsrücklagen in Bund und Ländern zugeführt.

Zusätzlich erhalten Beamte wie Versorgungsempfänger Einmalzahlungen: im Jahr 2003 in Höhe von 7,5 Prozent der Bezüge des Monats März 2003 (maximal 185 Euro) und im Jahr 2004 in Höhe von 50 Euro. Dies entspricht den tariflich vereinbarten Einmalzahlungen.

Für die Beamtinnen und Be-

amten in den neuen Ländern wird das Tarifiergebnis inhaltsgleich umgesetzt, indem der Bemessungssatz Ost zum 1. Januar 2003 auf 91 Prozent und zum 1. Januar 2004 auf 92,5 Prozent erhöht wird. Die weitere Angleichung des Bemessungssatzes Ost wird bis spätestens 2007 für die Besoldungsgruppen bis A 9 und bis 2009 für die übrigen Besoldungsgruppen festgeschrieben. Dies entspricht den Vereinbarungen und Zielsetzungen des Tarifabchlusses.

Die im Gesetz aufgenommene Öffnung des Besoldungsrechts im Bereich des Weihnachts- und beim Urlaubsgeld geht zurück auf eine vom Bundesrat nahezu einstimmig beschlossene Gesetzesinitiative. Bund und Länder können nunmehr durch eigene bundes- bzw. landesgesetzliche Regelungen im Bereich des bisherigen Weihnachts- und Urlaubsgeldes erlassen und darin die Höhe und Ausgestaltung künftiger Sonderzahlungen innerhalb bundeseinheitlicher Rahmenvorgaben selbst bestimmen.

Die Bundesregierung hat am 13. August 2003 mit dem Ent-

wurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 2004 auch den Entwurf eines Bundessonderzahlungsgesetzes beschlossen. Damit hat die Bundesregierung von der durch das Bundesbesoldungs- und -versorgungsanpassungsgesetz 2003/2004 vom 10. September 2003 (BGBl. I Seite 1798) geschaffenen Möglichkeit Gebrauch gemacht. Mit dem Gesetzentwurf werden die bisherigen jährlichen Sonderzahlungen (Weihnachtsgeld und Urlaubsgeld) für die Beamten, Richter, Soldaten und Empfänger von Amtsbezügen des Bundes ab dem Jahr 2004 neu geregelt. Nach dem Gesetzentwurf erhalten die aktiven Beschäftigten künftig eine jährliche Sonderzahlung in Höhe von 5 Prozent der zustehenden Jahresbezüge und die Versorgungsempfängerinnen und -empfänger 4,17 Prozent der jährlichen Versorgungsbezüge. Dies entspricht etwa 60 Prozent der monatlichen Dienst- oder Amtsbezüge bzw. 50 Prozent der monatlichen Versorgungsbezüge. Das bisherige Urlaubsgeld für die aktiven Beamtinnen und Beamten fällt weg.

Quelle: Bundesministerium des Innern

SUCHT (k)ein Thema?

Für viele Menschen gehört das Trinken von Alkohol alleine oder in Gesellschaft zum täglichen Leben dazu. Wer kennt sie nicht, die freudigen privaten, gesellschaftlichen oder geschäftlichen Ereignisse, bei denen angestoßen wird.

Da gibt es jedoch auch noch andere Situationen, die wir kennen: Stress, Anspannung, Traurigkeit, innere Unruhe, Lebenskrisen, bei denen der Alkohol oder auch Medikamente immer mal wieder als „Stressbewältiger“ oder „Seelenröster“ eingesetzt wird. Getreu nach Wilhelm Busch: *Es ist bekannt von alters her, wer Sorgen hat, hat auch Likör.*

Den meisten Menschen erwächst aus ihrem Konsumverhalten keine Probleme. Bei ca. 5 -10 % jedoch entwickelt sich im Laufe der Jahre schleichend eine Abhängigkeit. Eine Gefahr, die leider viel zu oft unterschätzt wird. Es kann jeden treffen! Es gibt keine erbliche, soziale oder psychische Zwangsläufigkeit, zu erkranken. Es ist vielmehr ein sehr komplexes Geschehen, das über den normalen Konsum und über Missbrauch fließend unmerklich in die Abhängigkeit übergehen kann.

Wie erkennt man, dass jemand abhängig ist?

Als abhängig gilt, wenn mindestens drei der folgenden Kriterien zutreffen:

- Es besteht ein starker Wunsch bzw. Zwang das Suchtmittel zu konsumieren.
- Es besteht eine stark verminderte Kontrollfähigkeit bezüglich des Beginns, der Beendigung und der Menge des Konsums.
- Es treten seelische und körperliche Entzugssymptome auf; das Suchtmittel wird zur Beseitigung der Entzugssymptome eingesetzt.
- Es sind zunehmend höhere Dosen nötig, um die gewünschte Wirkung zu erzielen.
- Andere Interessen (Hobby, Familie, Arbeit) werden zu Gunsten des Suchtmittels vernachlässigt.
- Der Konsum wird trotz eindeutig nachgewiesener schädlicher Folgen (Leistungsabfall, Arbeitsplatzprobleme wegen des Suchtmittelkonsums, Erkrankungen) fortgesetzt.

Das Suchtmittel wird zum wichtigsten Begleiter im Lebensalltag.

Zuschauen, wegschauen oder handeln? Was ist die richtige Hilfe?

Ein mögliches Abhängigkeitsproblem eines Menschen zu erkennen und darauf hilfreich zu reagieren, ist nicht einfach.

Aus Angst, jemanden zu denunzieren, zu verraten, ignoriert man lieber, entschuldigt, bagatellisiert, verspürt Mitleid. Viele Jahre vergehen

Hand auf's Herz,

hätten Sie gewusst, ...

- ... dass

	1,75 l Bier
oder	0,6 l Wein
oder	0,2 l Korn o.ä.

**täglich über einen längeren Zeitraum getrunken
Leberschäden verursacht?**

- ... dass,

	1,0 l Bier
oder	0,4 l Wein
oder	0,12 l Korn o.ä.

**täglich über einen längeren Zeitraum getrunken
Hirnschädigungen verursachen?**

- ... dass bei Frauen die Hälfte der genannten Mengen ausreicht, um schwere Leber- bzw. Hirnschäden entstehen zu lassen?

und mit der Zeit häufen sich die Spannungen, der Ärger, die Enttäuschung, der Frust. Alle Versuche zu helfen, schlagen letztlich fehl. Das Gefühl der Ohnmacht und Hilflosigkeit stellt sich ein.

Wertvolle Jahre vergehen und der betroffene Mensch versinkt immer tiefer in seiner Abhängigkeit.

Als Lebenspartner, Kollege, Kollegin oder Führungskraft geht es also darum, frühzeitig bei den ersten Warnzeichen das Gespräch darüber zu suchen, was auffällt, was Sorgen macht. Es gilt die Devise nicht über jemanden zu reden, sondern mit ihm/ihr.

Beim Statistischen Bundesamt gibt es seit April 2002 eine Dienstvereinbarung, die den Umgang mit suchtkranken Kollegen/Kolleginnen regelt. Sie bietet in mehreren Schritten Hilfen an, beschreibt aber auch, was geschieht, wenn Hilfe abgelehnt wird.

Eine Schlüsselrolle kommt dabei den Führungskräften zu: sie müssen Gefährdungen er-

kennen und angemessen kompetent handeln.

Um diese Aufgabe besser bewältigen zu können, wurde im Mai 2003 eine 1 ½ tägige Seminarreihe „Hilfe bei Suchtgefährdung und -abhängigkeit“ gestartet, die Top-down durchgeführt wird.

Bisher haben fünf Seminare stattgefunden an denen die Amtsleitung, Abteilungsleiter, Gruppen- und Referatsleiter teilnahmen. Die Veranstaltungen wurden trotz anfänglicher Skepsis als sehr informativ und hilfreich bewertet.

Hilfe ist möglich – es gibt immer einen Ausweg.

Mehr zum Thema „Sucht-Abhängigkeit“ und einen Selbsteinschätzungsfragebogen finden Sie unter „Soziale Angelegenheiten-Sozialberatung für Wiesbaden-Sucht ein Thema?“ im Intranet.

*Petra Pflüger
Sozialarbeiterin*



Sozialarbeiterin Petra Pflüger

Die Telefonzentrale des Statistischen Bundesamtes

Was haben Vierbeiner im Statistischen Bundesamt zu suchen? Nichts – mit einer Ausnahme: Laura.

Laura ist eine achtjährige englische Labradorhündin, die Frank Bernadi seit rund sechs Jahren täglich zu seinem Arbeitsplatz in die Telefonzentrale in der ersten Etage begleitet. Bernadi ist seit 1986 im Statistischen Bundesamt beschäftigt und er ist blind, weshalb er von einem Blindenhund begleitet wird. Mit ihm zusammen arbeiten in dem sonst eher frauentypischen Beruf weitere vier Personen: Carola Rogler, Helga Roos, Sigrid Giacinti und Thomas Frey. Guido Rutmann leitet diese kleine Gruppe.

Bernadi arbeitet seit rund vier Jahren an einem sehr modernen und behindertengerechten Arbeitsplatz, der von einer Firma stammt, die sich auf Behindertenarbeitsplätze spezialisiert hat. Die spezielle Behindertentastatur (Braillezeile genannt) übersetzt unter anderem optische Informationen für den Tastsinn und ermöglicht so ein selbstständiges Arbeiten.

Die Kosten für einen derartigen Arbeitsplatz belaufen sich auf rund 35.000 Euro. Bis zu 90 Prozent der Kosten für die Einrichtung werden vom Landeswohlfahrtsverband Hessen getragen.

Die Telefonzentrale leitet täglich bis zu 500 Anrufe ins Haus weiter. Anfragen, die be-



Das Team der Telefonzentrale (v.l.): Sigrid Giacinti, Frank Bernadi, Thomas Frey, Guido Rutmann und Carola Rogler. Nicht auf dem Foto vertreten ist Helga Roos.

stimmte Personen oder Sachgebiete betreffen, werden direkt an die zuständige Stelle verbunden. Unspezifische Anfragen werden zunächst an die Kolleginnen und Kollegen im Informationsdienst weitergeleitet, um vorab die Zuständigkeit zu prüfen. Die meisten Anrufe werden in die Gruppe VI A (Preisstatistiken) weitergeleitet.

Allerdings gab es in der Vergangenheit auch schon öfter Anrufe, die die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Telefonzentrale besonders forderten: Mit fingierten Bombendrohungen wurde versucht, das Amt, Rettungskräfte und Polizei zu beschäftigen und Angst zu schüren.

„Solche An-

rufe sind nicht nur unmoralisch, sondern höchst kriminell“, so Rutmann. Schlechte Scherze mit vorgetäuschten Bombendrohungen können nicht nur sehr teuer werden, sie können sogar eine Freiheitsstrafe nach sich ziehen. Besonders bedenklich ist, dass die letzte Bombendrohung vor rund zwei Jahren nachweislich von einem Anschluss aus dem Hause kam.

Die Arbeitsplätze in der Telefonzentrale sind seit rund drei Jahren computerunterstützt. Eine spezielle Software zeigt zum Beispiel Warteschlangen von Anrufern an und ermöglicht eine gezielte Anrufannahme.

Seit Einführung der Servicezeiten ist es den Beschäftigten in der Telefonzentrale fast immer möglich, die ankommenden Anfragen sachgerecht weiterzuleiten.

In früheren Jahren wurden von Kolleginnen und Kollegen im Haus oft externe Auskunftsdienste genutzt. Diese Anrufe verursachten jedoch hohe Telefonkosten. Seit 1999 ist es

daher nicht mehr möglich vom Arbeitsplatz externe Telefondienste oder Auslandsanrufe zu tätigen. Für diese Anrufe ist ebenfalls der Telefonservice im Statistischen Bundesamt zuständig. Mitarbeiter, die aus dienstlichen Gründen eine Telefonauskunft brauchen, wenden sich daher bitte an die Kolleginnen und Kollegen in der Telefonzentrale. Hier wird versucht – beispielsweise mit Hilfe des Internets – die angefragte Telefonnummer kostengünstig zu ermitteln. Auch Anrufe ins Ausland werden über die Telefonzentrale verbunden.

Die Mitarbeiter der Telefonzentrale sind unter der Nummer: 1 montags bis donnerstags von 6.30 bis 17.00 Uhr und freitags von 6.30 bis 15.00 Uhr erreichbar.



Laura, eine achtjährige englische Labradorhündin, begleitet Frank Bernadi täglich zu seinem Arbeitsplatz in der Telefonzentrale.

Sebahat Cabuk (Auszubildende) / Frank Hennig (Betreuer)

Marburg – eine Perle in Hessen Abteilung IV besucht die Universitätsstadt

Der diesjährige Abteilungsausflug führte die Kolleginnen und Kollegen der Abteilung IV nach Marburg an der Lahn.

Ergänzt um einige „Ehemalige“ starteten rund 90 Teilnehmer mit der Bundesbahn vom Hauptbahnhof Wiesbaden in Richtung Frankfurt, ausgestattet mit Gruppenkarten, die den Fahrpreis mit rund sieben Euro in erträglichen Grenzen hielten. Unter dem Motto „Gemeinsam anreisen und den Tag individuell gestalten“, hatten die Organisatoren (Michael Lehnert, Anja Kunz und Heidemarie Grosse-Müller) eine bemerkenswerte Broschüre erstellt, die ausführlich über die Sehenswürdigkeiten von Marburg informierte.

Neben der historischen Altstadt, der Elisabethkirche, dem Landgrafenschloss und der alten Universität konnten unter anderem noch das Universitätsmuseum für bildende Kunst, die Brüder-Grimm-Stube und die volkskundliche Sammlung besucht werden. Angeboten wurden aber auch schöne Wandermöglichkeiten zum alten und neuen botanischen Garten der Universität, zum Spiegellustturm oder zum Planeten- oder Naturlehrpfad.

Ein weiteres Highlight war das Hotel Restaurant Dammühle, das von Marburg aus über Wehrhausen nach rund sechs Kilometern zu erreichen war. Seit 1811 wird hier Gastwirtschaft betrieben und die Mühle ist seit 1521 dokumentiert.



Ein Teil der Ausflügler der Abteilung IV, versammelt vor einem Marburger Brunnen.



Das Landgrafenschloss in Marburg.

„WIR“-Redaktionsschlussstermin für die Weihnachtsausgabe 2003:

Ausgabe 6 28. November 2003

Bitte melden Sie Beiträge für die Mitarbeiterzeitschrift frühzeitig – unter Angabe des ungefähren Umfangs – bei der Redaktion an (Tel. 3602). Bei den oben genannten Terminen handelt es sich um **Schlussstermine**. Sie erleichtern uns die Redaktionsarbeit deutlich, wenn Sie Beiträge nicht erst „auf den letzten Drücker“, sondern möglichst frühzeitig an uns weiterleiten. Danke!

Nicht auf direktem Wege sondern eher spiralförmig erreichte eine Gruppe diesen sommerlichen Ausflugsklassiker und nahm zu guter letzt auch noch die Hilfe einer Mitfahrzentrale in Anspruch. Als Belohnung für diese Mühen konnte man dann allerdings das herrliche Ambiente und die vorzügliche Küche genießen und war so gut gerüstet für den Rückweg, bei dem unter anderem auch ein österreichischer Adler gesichtet wurde.

Ab 15.30 Uhr konnte man im Studentakt die Rückreise antreten und die letzten trudelten so gegen 21 Uhr wieder in Wiesbaden ein, um sich den einen oder anderen Absacker zu genehmigen.

Die Verantwortlichen hatten auch diesmal ganze Arbeit geleistet und ernteten dafür viel Lob und Anerkennung. Sie hatten nicht nur den richtigen Geschmack getroffen, sondern auch einen wunderschönen Sonntag ausgeschrieben. Aber kein Wunder, man hatte ja vorher das „Titze'sche Wetterorakel“ befragt.

Peter Kraßnig

Impressum

WIR

Informationen für Beschäftigte
des Statistischen Bundesamtes

Herausgeber:

Statistisches Bundesamt
Gruppe ID
65180 Wiesbaden
Tel. (06 11) 75 - 36 02
Fax. (06 11) 75 - 39 76
E-Mail:

frank.hennig@destatis.de

V.i.S.d.P.:

Angela Schaff (L ID)

Schlussredaktion:

Petra Kucera und
Frank Hennig

Satz und Gestaltung:

Frank Hennig

Fotos:

Kathrin Löbiger und Andere

Den Inhalt verantworten die jeweiligen Autoren. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich vor, eingereichte Beiträge sinnerhaltend zu kürzen. Ein Anspruch auf Veröffentlichung besteht nicht.

Redaktionsschluss: 17.10.2003

Auflage: 3 000 Exemplare

Verteilung an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an den Standorten Wiesbaden, Bonn und Berlin.